



WHO, WHO?



Aufhebung der Rassentrennung in den USA: Gewaltfreie Aktionen 1956 und 1963

Am 1. Dezember 1955 wird die afro-amerikanische Näherin Rosa Parks in Montgomery, Alabama, verhaftet, weil sie sich weigert, ihren Platz im Bus für einen weißen Amerikaner zu räumen. Daraufhin solidarisieren sich nahezu 20.000 schwarze BusbenutzerInnen in einem eintägigen Busboykott, der vom ») Women's Political Council« begonnen wird.

Nach M. L. Kings Rede in der Holt Street Baptist Church vor 7.000 Zuhörerinnen wird die Verlängerung des Boykotts beschlossen. King wird Präsident der »Montgomery Improvement Association« (MIA), die Fahrgemeinschaften, Anwälte, Öffentlichkeitsarbeit, Finanzierung und Gerichtsprozesse organisiert. Die Montgomery-Bewegung erhält Sympathiebekundungen und Spenden aus aller Welt. Die Stadtverwaltung reagiert mit willkürlichen Strafzetteln, Verboten, Verhaftungen und erwirkt Autoversicherungskündigungen. Im Januar verüben Unbekannte einen Bombenanschlag auf Kings Haus.

Nach 381 Boykott-Tagen erklärt der Oberste Gerichtshof der USA die Segregation in Bussen für verfassungswidrig.

In den 1960er Jahren setzt Polizeichef Eugene »Bull« Connor die Rassentrennung in Birmingham, Alabama, besonders strikt und aggressiv um. Zusammen mit dem »Alabama Christian Movement for Human Rights« (ACMHR)

organisiert M. L. King eine Kampagne dagegen. 1962 ruft diese Organisation zum Boykott von Restaurants und anderen Einrichtungen auf, in denen Dunkelhäutige nicht bedient werden. Von King geschulte Freiwillige versammeln sich seit April 1963 zu Sitzprotesten in Kaufhäusern. Zudem finden täglich Protestmärsche statt, die teilweise verboten werden. Connor lässt innerhalb weniger Wochen rund 2.500 Erwachsene und über 900 Kinder verhaften, die mit dem Lied »We shall overcome« in die Innenstadt gezogen waren. Der Einsatz von Wasserwerfern und Hundestaffeln bei weiteren Kindermärschen 26erregt die amerikanische Öffentlichkeit. Als auch King verhaftet wird, gehen Forderungen seiner landesweiten Unterstützer bei Präsident John F. Kennedy ein. Am 10. Mai 1963 einigt sich die Bewegung mit der Stadt auf eine 90 Tage-Frist zur Erfüllung ihrer Forderungen.